## S 29 AS 580/20

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 2.

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 29 AS 580/20 Datum 22.09.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 AS 1655/20 Datum 12.07.2021

3. Instanz

Datum 18.01.2022

Die Berufung der KlĤger gegen das Urteil des Sozialgerichts Dortmund vom 22.09.2020 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Den KlĤgern werden Kosten gemĤÃ[] <u>§ 192</u> Sozialgerichtsgesetz in Höhe von 225,00 Euro auferlegt.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

## **Tatbestand:**

Die Kl $\tilde{A}$ ¤ger begehren h $\tilde{A}$ ¶here Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) f $\tilde{A}$ 1/4r den Monat November 2019.

Die KlÄxger bezogen vom Beklagten laufend Leistungen nach dem SGB II. Mit

Bescheid vom 07.02.2019 bewilligte der Beklagte den KlÄggern auf deren Antrag vom selben Tag Leistungen für den Zeitraum vom 13.02.2019 bis zum 31.01.2020. Dabei berücksichtigte er neben der Regelleistung sowie einem Mehrbedarf für Alleinerziehende und Warmwassererzeugung als Bedarf für Unterkunft und Heizung die tatsÄxchliche Grundmiete in HĶhe von 355,20 Euro sowie Heizkosten in HA¶he von 75,99 Euro und Nebenkosten in HA¶he von 152,01 Euro monatlich. Das Kindergeld für den Kläger zu 2) und die Klägerin zu 3) wurde als deren Einkommen angerechnet. Mit Anderungsbescheid vom 01.06.2019 nahm der Beklagte für die Zeit vom 01.07.2019 bis zum 31.01.2020 eine Neuberechnung der Leistungen vor, da das bezogene Kindergeld von 194,00 Euro pro Kind auf 204,00 Euro pro Kind erhã¶ht wurde. Fã¼r den Monat November 2019 bewilligte der Beklagte für die Kläger einen monatlichen Gesamtbetrag in Höhe von 1.412,91 Euro, davon 583,20 Euro als Bedarf für Unterkunft und Heizung. Am 19.08.2019 reichten die KlĤger die Betriebskostenabrechnung der Vermieterin der KIäger, der E Wohnen mbH (EWO), vom 05.08.2019 bei dem Beklagten ein. Ausweislich der Abrechnung waren im Zeitraum vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 Betriebskosten in HA¶he von 1.761,55 Euro zu zahlen. Dem standen Betriebskostenvorauszahlungen in Höhe von 1.824,00 Euro gegenüber, so dass sich ein Guthaben in HĶhe von 62,45 Euro ergab. Im Schreiben der EWO teilte diese mit, dass die neue Gesamtmiete ab dem 01.10.2019 508,20 Euro (Grundmiete 355,20 Euro, Vorauszahlung Betriebskosten (NEU) 153,00 Euro) betrage. Abzüglich des Guthabens in Höhe von 62,45 Euro sei am 01.10.2019 einmalig eine Miete in Höhe von 445,75 Euro zu zahlen. Mit Ã∏nderungsbescheid vom 28.08.2019 berechnete der Beklagte die Leistungen unter Berücksichtigung der neuen Betriebskostenvorauszahlung in HA¶he von 153,00 Euro fA¼r die Zeit vom 01.10.2019 bis zum 31.01.2020 neu. Unter Bezugnahme auf <u>§ 48 Abs. 1 S. 1</u> Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X) i.V.m. <u>§ 40 Abs. 1 S. 1 SGB II</u> rechnete er das Guthaben in Höhe von 62,45 Euro aus der Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2018 auf die Kosten der Unterkunft fýr November 2019 an, mit der Folge, dass eine Grundmiete in Höhe von 292,74 Euro (anstelle von 355,20 Euro) bei der Bedarfsberechnung zugrunde gelegt wurde. Für den Monat November 2019 bewilligte der Beklagte für die Kläger einen Gesamtbetrag in Höhe von 1.349,46 Euro davon 519,75 Euro als Bedarf fýr Unterkunft und Heizung.

Am 30.09.2019 erhoben die Kläger gegen den Ã∏nderungsbescheid Widerspruch, den sie damit begrù¼ndeten, dass nicht zu erkennen sei, weshalb der Beklagte das Guthaben im Monat November angerechnet habe. Es habe offenbar eine Anrechnung von fiktivem Einkommen stattgefunden.

Der Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 09.01.2020 als unbegründet zurück. Zur Begründung führte er aus, das Guthaben aus der Betriebskostenabrechnung sei mit der Mietzinszahlung für den Monat Oktober 2019 verrechnet worden. Daher sei der wertmÃxÃ□ige Zuwachs zu diesem Zeitpunkt erfolgt. Die Anrechnung im Monat November 2019 entspreche den gesetzlichen Bestimmungen des § 22 Abs. 3 SGB II.

Gegen den Widerspruchsbescheid vom 09.01.2020 haben die Kläger am 12.02.2020 Klage beim Sozialgericht Dortmund erhoben. Zur Begründung

fÃ $\frac{1}{4}$ hren sie aus, die Vermieterin der KlÃxger habe die Miete fÃ $\frac{1}{4}$ r den Monat Oktober 2019 mittels einer Aufrechnung herabgesetzt. Daher hÃxtte der Beklagte fÃ $\frac{1}{4}$ r den Monat Oktober 2019 geringere Kosten der Unterkunft bewilligen mÃ $\frac{1}{4}$ ssen. Ein verfÃ $\frac{1}{4}$ gbares Guthaben habe aber nicht vorgelegen.

Die KlĤger haben beantragt,

ihnen unter AbÃ×nderung des Bescheides vom 28.08.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 09.01.2020 Leistungen nach dem SGB II fÃ $\frac{1}{4}$ r November 2019 in gesetzlicher Höhe zu bewilligen.

Der Beklagte hat beantragt,

die Klage abzuweisen.

Zur Begründung bezieht sich der Beklagte auf sein Vorbringen im Widerspruchsbescheid.

Mit Urteil vom 22.09.2020 hat das Sozialgericht Dortmund die Klage abgewiesen. Zur Begrýndung hat es ausgeführt, dass der Bescheid vom 28.08.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 09.01.2020 rechtmÃxÃ $\square$ ig sei und die KlÃxger nicht in ihren Rechten verletze. Da den KlÃxgern das Guthaben aus der Betriebskostenabrechnung im Oktober 2019 als wertmÃxÃ $\square$ iger Zuwachs zugeflossen sei, mindere es gemÃxÃ $\square$   $\triangle$  22 Abs. 3 SGB II im Folgemonat die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung um den Betrag des Guthabens. Insofern seien für den Monat November 2019 zutreffend nur Kosten der Unterkunft in Höhe von 519,75 Euro bewilligt worden. Das Sozialgericht hat die Berufung zugelassen.

Gegen das am 16.10.2020 zugestellte Urteil haben die KlĤger am 16.11.2020 Berufung eingelegt und ihren erstinstanzlichen Vortrag wiederholt.Â

Sie beantragen schriftsĤtzlich,

den Beklagten unter Abänderung des Urteils des Sozialgerichts Dortmund vom 22.09.2020 und unter Abänderung des Bescheids vom 28.08.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 09.01.2020 zu verurteilen, Leistungen nach dem SGB II in gesetzlicher HÃ $\P$ he fÃlambda4r den Monat November 2019 zu bewilligen.

Der Beklagte beantragt schriftsÃxtzlich,

die Berufung zurļckzuweisen.

Mit Schreiben vom 03.02.2021 hat das Gericht die Kläger darauf hingewiesen, dass das Betriebskostenguthaben trotz der Verrechnung mit der Mietzinsforderung einen wertmäÃ∏igen Zuwachs bei den Klägern bewirkt habe. Daraufhin haben die Kläger die Auffassung vertreten, dass der Zufluss des Guthabens aus der Betriebskostenabrechnung bereits im August 2019 stattgefunden habe. Die

Anrechnung des Guthabens auf die Leistungen nach dem SGB II h $\tilde{A}$ ¤tte dann im September 2019 erfolgen m $\tilde{A}$ ½ssen.

Mit Beschluss vom 21.04.2021 hat der Senat den Antrag der Kl $\tilde{A}$  $^{x}$ ger auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe f $\tilde{A}$  $^{1}$  $^{4}$ r das Berufungsverfahren und Beiordnung von Rechtsanwalt Schlossberg abgelehnt.

Die Beteiligten sind mit Richterbrief vom 14.06.2021, dem ProzessbevollmĤchtigten der KlĤger sowie dem Beklagten am 16.06.2021 zugestellt, zu einer Entscheidung nach <u>§ 153 Abs. 4 Satz 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch Beschluss angehĶrt worden. Der ProzessbevollmĤchtigte der KlĤger ist zudem hinsichtlich der Kostenfolge des <u>§ 192 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, S. 2</u> und 3 i.V.m. <u>§ 184 SGG</u> bei missbrĤuchlicher FortfĽhrung des Rechtsstreits belehrt worden. Dieser hat daraufhin mitgeteilt, dass die Klage nicht zurĽckgenommen werde.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie der Verwaltungsakte des Beklagten Bezug genommen.

Â

## EntscheidungsgrÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>nde:

Der Senat konnte durch Beschluss nach  $\frac{\hat{A}\S 153 \text{ Abs. 4 SGG}}{153 \text{ Abs. 4 SGG}}$  entscheiden, da er die Berufung f $\tilde{A}^{1}$ /4r unbegr $\tilde{A}^{1}$ /4ndet und deshalb eine m $\tilde{A}^{1}$ /4ndliche Verhandlung nicht f $\tilde{A}^{1}$ /4r erforderlich h $\tilde{A}$ xlt. Die Beteiligten sind zu dieser Vorgehensweise angeh $\tilde{A}$ 1rt worden.

Die zulÄxssige Berufung ist nicht begrļndet. Das Sozialgericht Dortmund hat mit Urteil vom 22.09.2020 die Klage zu Recht abgewiesen. Der angefochtene Bescheid vom 28.08.2019 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 09.01.2020 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt die Kläger nicht im Sinne von § 54 Abs. 2 SGG in ihren Rechten. Die RechtmĤÃ∏igkeit des angefochtenen Bescheides beurteilt sich nach <u>§Â 48 Abs. 1 S. 1 und S. 2 Nr. 3 SGB X</u> i.V.m. <u>§Â 40 Abs.1 S. 1 und Abs. 2 Nr. 3</u> SGB II i.V.m. §Â 330 Abs. 3 S. 1 Sozialgesetzbuch Dritte Buch (SGB III). Danach ist ein Verwaltungsakt, hier also der Bescheid vom 07.02.2019 in der Fassung des ̸nderungsbescheids vom 01.06.2019 mit Wirkung fþr die Zukunft aufzuheben, soweit in den tatsÄxchlichen oder rechtlichen VerhÄxltnissen, die bei seinem Erlass vorgelegen haben, eine wesentliche ̸nderung eintritt. Nach §Â 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 SGB X soll der Verwaltungsakt mit Wirkung vom Zeitpunkt der Ã∏nderung der VerhÄxltnisse aufgehoben werden, soweit nach Antragstellung oder Erlass des Verwaltungsakts Einkommen oder VermĶgen erzielt worden ist, das zum Wegfall oder zur Minderung des Anspruchs geführt haben würde. Wegen <u>§Â 40 Abs. 2</u> Nr. 3 SGB II i.V.m. §Â 330 Abs. 3 S. 1 SGB III ist diese Rechtsfolge zwingend. Zur Prüfung, ob eine wesentliche Ã∏nderung eingetreten ist, sind die objektiven UmstĤnde zum Zeitpunkt der Bewilligung der Leistungen nach dem SGB II und die UmstĤnde im Zeitpunkt der Neufeststellung zu vergleichen. Die Aufwendungen der Kläger für Unterkunft und Heizung sind für den Monat November 2019 durch

Einkommen in Gestalt des Betriebskostenguthabens gemäÃ∏ <u>§ 22 Abs. 3 SGB II</u> gemindert worden. Hiernach mindern Rückzahlungen und Guthaben, die dem Bedarf für Unterkunft und Heizung zuzuordnen sind, die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach dem Monat der Rückzahlung oder der Gutschrift; Rückzahlungen, die sich auf die Kosten für Haushaltsenergie oder nicht anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung beziehen, bleiben auÃ☐er Betracht.

Das in einer Betriebskostenabrechnung ausgewiesene Guthaben ist grundsÄxtzlich als Einkommen i.S.v. <u>§Â 11 Abs. 1 S. 1 SGB II</u> i.V.m. der Sonderregelung des <u>§Â 22 Abs. 3 SGB II</u> zu berücksichtigen, wenn es nach Antragstellung entsteht. Insoweit stellt §Â 22 Abs. 3 SGB II eine die allgemeinen Vorschriften über die Einkommensanrechnung (§Â§Â 11 ff. SGB II) verdrängende Sonderregelung dar. Diese Vorschrift regelt auch die Frage, nach welchem Modus und demnach in welcher Höhe sich die den Kosten für Unterkunft und Heizung zuzuordnenden Rückzahlungen und Guthaben mindernd auf die Leistungen für Unterkunft und Heizung auswirken (BSG, Urteil vom 24.06.2020 â∏ B 4 AS 8/20 R â∏, Rn. 29 bei juris; BSG, Urteil vom 12.12.2013 â∏ B 14 AS 83/12 R â∏, Rn. 12 ff. bei juris; BSG, Urteil vom 22.03.2012 â ☐ B 4 AS 139/11 R â ☐ Rn. 14 ff. bei juris). Vorliegend ist das Betriebskostenguthaben mit der Abrechnung und der fA1/4r Oktober 2019 vorgenommenen Verrechnung seitens der Vermieterin, also nach Antragstellung der KlĤger bei dem Beklagten, als Forderung der KlĤger entstanden. Von dem in der Abrechnung vom 05.08.2019 ausgewiesenen Guthaben sind keine AbsetzbetrĤge nach §Â 11b SGB II abzuziehen. Das Guthaben stellt ein berücksichtigungsfähiges Einkommen dar. Denn ein Betriebskostenguthaben, das einem LeistungsempfĤnger nicht ausgezahlt wird, sondern mit aufgelaufenen oder künftigen Forderungen der Vermieterin von dieser aufgerechnet wird, bewirkt bei ihm einen â∏wertmäÃ∏igen Zuwachsâ∏, weil es wegen der damit ggf. verbundenen Schuldbefreiung oder Verringerung anderweitiger Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit einen bestimmten, in Geld ausdrückbaren wirtschaftlichen Wert besitzt (vgl. BSG, Urteil vom 16.05.2012 â∏∏ <u>B 4 AS 132/11 R</u> â∏∏, Rn. 21 bei juris).

die Gutschrift erfolgte, diese sich jedoch noch nicht wertmĤÄ $\square$ ig bei den KlĤgern realisierte. Diese Einkommensanrechnung hat dann nach der die allgemeinen Vorschriften Ã $^{1}$ 4ber die Einkommensanrechnung ( $^{\hat{A}\hat{S}\hat{A}\hat{S}\hat{A}}$  11 ff. SGB II) verdrĤngende Sonderregelung des  $^{\hat{A}\hat{S}\hat{A}}$  22 Abs. $^{\hat{A}}$  3 SGB II zu erfolgen. Neben der Tatsache, dass die Anrechnung ohne Abzug von FreibetrĤgen (s.o.) erfolgt,  $^{\hat{A}}$ ¤ndert die Vorschrift auch den Zeitpunkt der Anrechnung des Einkommens. Die Anrechnung erfolgt n $^{\hat{A}}$ ¤mlich nicht im Monat des Zuflusses selbst, sondern erst in dem Monat nach der R $^{\hat{A}}$ 4ckzahlung oder der Gutschrift (vgl. BSG, Urteil vom 24.06.2020  $^{\hat{A}}$  $^{\text{old}}$  B 4 AS 8/20 R  $^{\hat{A}}$  $^{\text{old}}$  Rn. 28 ff. bei juris; Beschluss des Senats vom 13.02.2013  $^{\hat{A}}$  $^{\text{old}}$  L 2 AS 42/13 B  $^{\hat{A}}$  $^{\text{old}}$ , Rn. 13 f. bei juris; Landessozialgericht Baden-W $^{\hat{A}}$ 4rttemberg, Urteil vom 09. Oktober 2019 $^{\hat{A}}$  $^{\text{old}}$  L 2 AS 2481/18 $^{\hat{A}}$  $^{\text{old}}$  $^{\text{old}}$ , Rn. 36  $^{\hat{A}}$  $^{\text{old}}$  bei juris). Die Anrechnung des Guthabens ist daher  $^{\hat{A}}$  $^{\text{old}}$  auch der H $^{\hat{A}}$ ¶he nach  $^{\hat{A}}$  $^{\text{old}}$  in rechtm $^{\hat{A}}$  $^{\text{old}}$  $^{\text{old}}$  Weise im November 2019 erfolgt.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â§ 183</u>, <u>193 SGG</u>.

Der Senat hat den Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) gern gem\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{1}\) 192 Abs. 1 Nr. 2 SGG im Weg der Aus\(\tilde{A}^{1}\)\(\tilde{d}\) bung seines Ermessens Verschuldenskosten in H\(\tilde{A}\)\(\tilde{q}\) he von 225,- EUR auferlegt.

Nach § 192 Abs. 1 Nr. 2 SGG kann das Gericht im Urteil einem Beteiligten die Kosten auferlegen, die dadurch verursacht werden, dass der Beteiligte den Rechtsstreit fortführt, obwohl ihm vom Gericht die Missbräuchlichkeit der Rechtsverfolgung dargelegt und er auf die MA¶glichkeit der Kostenauferlegung bei Fortfýhrung des Rechtsstreits hingewiesen worden ist. Eine missbräuchliche Rechtsverfolgung ist dann anzunehmen, wenn die WeiterfA¼hrung des Rechtsstreits von jedem Einsichtigen als vĶllig aussichtslos angesehen werden muss (vgl. z.B. BVerfG, Beschluss vom 23.02.2016 â ☐ 2 BvR 63/16, 2 BvR 60/16 â∏, Rn. 3 bei juris) und der Beteiligte entgegen seiner besseren Einsicht von der weiteren Rechtsverfolgung nicht Abstand nimmt. Die Darlegung der MissbrĤuchlichkeit und der Hinweis auf die MĶglichkeit der Kostenauferlegung kann mündlich wie schriftlich geschehen (Schmidt in: Fichte/Jüttner, SGG, 3. Aufl. 2020, <u>§Â 192 SGG</u>, Rn. 11). Der Hinweis kann vom Vorsitzenden oder â∏ wie hier mit Schreiben vom 14.06.2021 geschehen â∏ auch von der zuständigen Berichterstatterin des Verfahrens gegeben werden (vgl. <u>§ 155 Abs. 4</u> i.V.m. <u>§ 192</u> Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG). Die aufgezeigten Voraussetzungen fļr die VerhĤngung von Verschuldenskosten sind vorliegend erfA1/4llt. Der Senat hat in seinem die Bewilligung von Prozesskostenhilfe ablehnenden Beschluss ausfÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>hrlich dargelegt, dass die Berufung keine Aussicht auf Erfolg hat. Anhaltspunkte dafļr, dass unüberwindbare intellektuelle Hemmnisse bestehen, diese Hinweise zu verstehen und die Aussichtslosigkeit weiteren Prozessierens einzusehen, sind nicht ersichtlich. Gleichwohl haben die KlĤger auch nach dem Hinweis auf die erwogene Anwendung von § 192 SGG ohne nachvollziehbare Gründe auf eine Entscheidung über ihr Begehren bestanden. Zur vollen Ã∏berzeugung des Senats liegt daher eine missbrĤuchliche Rechtsverfolgung vor. Die HĶhe der Kostenbeteiligung der Kläger entspricht dem gesetzlichen MindestmaÃ∏. Als verursachter Kostenbetrag gilt nach § 192 Abs. 1 S. 3 SGG mindestens der Betrag nach § 184 Abs. 2 SGG für die jeweilige Instanz, vor dem Landessozialgericht also 225,00 EUR.

Der Senat hat die Revision nicht zugelassen, weil die Voraussetzungen des  $\hat{A}$ § 160 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGG nicht vorliegen.

Â

Erstellt am: 24.03.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024